

Tschechische Republik

Volker Weichsel

Seit dem offenen Ausbruch der Staatsschulden-, Banken- und Wirtschaftskrise in der EU im Jahr 2009 hatte für mehrere Jahre der Umgang mit diesen sich wechselseitig verstärkenden Krisensymptomen im Zentrum der europäischen Politik gestanden. Dies änderte sich im November 2013. In den Fokus der Aufmerksamkeit rückten die Ereignisse im Osten Europas. Wie alle anderen Staaten der Europäischen Union hatte sich auch die Tschechische Republik – alleine und in den Institutionen der EU – zunächst zu dem Machtkonflikt in der Ukraine und ab Ende Februar 2014 zu der konfrontativen Politik Russlands gegenüber seinem westlichen Nachbarstaat zu verhalten.

Bis in den Sommer 2014 war die Haltung Prags jedoch auch in der Ukraine- und Russlandfrage von einem Muster geprägt, dass die tschechische Europapolitik seit Jahren bestimmt: Sie war in hohem Maße depolitisiert und reaktiv, dominiert von einer Strategie des Abwartens und des nachträglichen, von mehr oder weniger starkem Widerstand begleiteten Anpassens an eine Linie, die sich zuvor in der EU herausgebildet hat.

Zwei Faktoren verstärkten diesen Trend vom Herbst 2013 bis zum Sommer 2014. Zum einen war die Krisendiplomatie der EU-Staaten während des Konflikts zwischen der Protestbewegung auf dem Kiewer Majdan und dem Janukowyc-Regime von den großen Staaten Deutschland und Frankreich sowie Polen dominiert, das sich als Nachbarstaat der Ukraine stark engagiert. Kleinere Staaten wie die Tschechische Republik spielten in dieser Phase eine geringe Rolle – unter anderem, weil die EU-Institutionen, in denen diese Staaten agieren können, wegen der auslaufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments und der endenden Amtszeit der Europäischen Kommission geschwächt waren.

Zum anderen befand sich die tschechische Politik nach der innenpolitischen Krise im Jahr 2013 und den vorgezogenen Parlamentswahlen im Oktober 2013 in einer Phase der Neuformierung. Etablierte Kräfte mit klarem außenpolitischem Profil hatten die politische Bühne verlassen oder einen erheblichen Bedeutungsverlust erlitten. Dies gilt vor allem für den im Frühjahr 2013 aus dem Amt geschiedenen langjährigen Präsidenten Vaclav Klaus, der mit scharfer Polemik gegen die EU zu einem der europaweit profiliertesten Kritiker der Brüsseler Institutionen geworden war, der aber auch – außerhalb der Tschechischen Republik wenig wahrgenommen – immer wieder für einen Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland und für mehr Verständnis für Moskauer Positionen in gesamt-europäischen und internationalen Fragen geworben hatte. Eine deutlich geringere Rolle spielt heute auch Klaus' ehemalige Partei, die *Demokratische Bürgerpartei* (ODS), die noch bis Mitte 2013 den Ministerpräsidenten gestellt hatte, bei den Parlamentswahlen aber auf 7,7 Prozent abstürzte und nun Teil einer äußerst heterogenen Opposition ist. Auch die ODS bewegte sich – mit zwei innerparteilichen Flügeln – im Spektrum zwischen grundlegender Kritik an einer als zu weitreichend empfundenen europäischen Integration und einer Politik des Außenvorbleibens (Eurozone, Fiskalpakt). Schließlich kam es nach den Wahlen auch nicht zu einer Regierungsbeteiligung der *Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens* (KSCM), die vor den Wahlen – zumindest in Form einer von der KSCM unterstützten sozialdemokratischen Minderheitsregierung – lange im Raum gestanden hatte. Damit befindet sich

auch die zweite etablierte euroskeptische Partei der Tschechischen Republik auf der Oppositionsbank. Ebenfalls Teil der parlamentarischen Opposition ist die Partei *Morgenlicht der direkten Demokratie* (Usvit), die mit Anti-EU-Populismus auf Stimmenfang gegangen war. Nicht mehr an der Regierung beteiligt ist jedoch auch die Partei TOP 09 des vormaligen Außenministers Karel Schwarzenberg, die wie keine andere politische Gruppierung in Prag auf eine aktive Mitwirkung der Tschechischen Republik an der in Brüssel formulierten europäischen Politik gedrungen hatte. Die seit Januar 2014 nach langwierigen, die Außen- und Europapolitik lähmenden Verhandlungen amtierende neue Regierung wird somit von drei Parteien gestellt, von denen die beiden tragenden Formationen ein deutlich unschärferes europapolitisches Profil als die genannten Parteien haben. Die *Tschechische Sozialdemokratische Partei* (ČSSD), die mit Bohuslav Sobotka den Ministerpräsidenten und mit Lubomir Zaoralek den Außenminister stellt, war – wie zuvor bei den Präsidentschaftswahlen auch der siegreiche Kandidat Milos Zeman – explizit mit dem Ziel einer Entpolitisierung und Entpolarisierung der tschechischen Europapolitik in den Wahlkampf gezogen. Ohne klare europapolitische Positionen zu formulieren, setzte sie vor allem auf eine bessere verwaltungstechnische Abwicklung und effizientere Ausschöpfung der Gelder aus den europäischen Struktur- und Kohäsionsfonds. In Reinform vertritt diesen alleine auf das Versprechen eines effizienten Managements ausgerichteten Politikstil jedoch die zweite der beiden großen Regierungsparteien, die erst 2012 gegründete Formation ANO (*Aktion unzufriedener Bürger*) des Unternehmers Andrej Babis, der nun stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister ist. Alleine die mit nur 14 Abgeordneten kleinste Regierungspartei, die christsoziale KDU-CSL, hat ein seit vielen Jahren stabiles, auf eine Stärkung der EU und eine Beteiligung der Tschechischen Republik in all ihren Integrationsfeldern ausgerichtetes Programm.

Diese zwei Faktoren – Dominanz der großen Staaten und innenpolitische Neuformierung – führten dazu, dass die Tschechische Republik während der Regimekrise in der Ukraine vor allem mit einer humanitären Aktion auffiel. Nachdem das Janukovyc-Regime Scharfschützen gegen die Demonstranten eingesetzt hatte, brachte Prag in einer vom tschechischen Innenministerium in Kooperation mit der Menschenrechtsorganisation *Clovek v tísni* (Mensch in Bedrängung) organisierten Aktion mit drei Regierungsflugzeugen Ende Februar und Anfang März 2014 Verletzte Majdan-Aktivistinnen zur medizinischen Behandlung in die Tschechische Republik.

Im Frühjahr 2014 trug Prag die ersten Sanktionen der EU gegen Russland wegen der Annexion der Krim noch eindeutig mit. Im Spätsommer 2014 entbrannte dann jedoch eine heftige innenpolitische Debatte über die Ausweitung des gegen Russland gerichteten Embargos, die die EU beschließen wollte, da Moskau den Aufständischen im ostukrainischen Donbass seit Frühjahr 2014 in immer größerem Umfang politische, finanzielle, logistische und militärische Unterstützung – bis hin zur direkten militärischen Intervention im August 2014 – gewährt hatte. Im Zentrum der Auseinandersetzung standen zwar die wirtschaftlichen Folgen der EU-Sanktionen für die Tschechische Republik. Vorstellungen über die innere und äußere Souveränität der Staaten und über die Bedeutung von Einflussräumen spielten nur selten explizit eine Rolle. Gleichwohl zeigte sich an der Debatte der Zusammenhang zwischen der Ukraine- und Russlandpolitik und grundlegenden europapolitischen Ordnungsvorstellungen.

So erklärte der sozialdemokratische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka nach dem EU-Gipfel Ende August 2014, bei dem die Mitgliedstaaten beschlossen hatten, dass die Europäische Kommission Varianten zur Ausweitung der gegen Russland verhängten Sanktionen ausarbeiten solle, er habe sich in Brüssel „das Recht vorbehalten, Teilen dieses Vorschlags

nicht zuzustimmen, falls wir zu dem Ergebnis kommen, dass es nicht richtig ist, dass Europa diesen Weg geht.¹ Auch wenn er wenige Tage später der Verschärfung der Sanktionen zustimmte, wiederholte er mit seinem Zögern ein Politikmuster, das er und seine Partei in den Jahren zuvor immer wieder kritisiert hatten, etwa als die Tschechische Nationalbank in der Frage der europäischen Bankenunion sehr lange eine Positionierung vermieden hatte, weil ihr noch nicht ausreichend Informationen vorlägen.

Vor innenpolitischem Publikum sprach Sobotka nicht mehr vage von einem falschen Weg für Europa, sondern konkret von tschechischen ökonomischen Interessen: Es sei der tschechischen Delegation vor allem darum gegangen, „den Export von dual-use-Gütern aus dem Bereich Maschinenbau zu bewahren. Bedroht war auch der Export von Maschinenbauunternehmen, die Raffinerien beliefern.“² Ein Verlust von acht Milliarden Kronen (knapp 300 Millionen Euro) habe gedroht. Sobotka hatte sich damit auf die Seite etatistischer, auf Erhalt von Schwer- und Großindustrie (Kohle, Atomkraft, Stahl und Zuliefererunternehmen) setzender Kräfte in seiner Partei gestellt, die vor allem von Industrie- und Handelsminister Jan Mladek sowie Sobotkas innerparteilichen Konkurrenten Michal Hasek und Zdenek Skromach repräsentiert werden. Applaus bekam Sobotka auch von der KSCM sowie *Usvit*, die besonders populistische, gegen die EU gerichtete Töne anschlug. Der CSSD-Koalitionspartner ANO hielt sich mit Kritik an Sobotka zurück. Anders der zweite Regierungspartner, die KDU-CSL, sowie die liberal-konservativen Oppositionsparteien TOP 09 und ODS, die auf einer außerordentlichen Parlamentsitzung zu der Sanktionsfrage Mitte September 2014 den Ministerpräsidenten heftig kritisierten. In der CSSD selbst war es Außenminister Zaoralek, der in seiner Partei allerdings deutlich weniger Unterstützer als Sobotka hat, der erklärte, die Sanktionen seien politisch sinnvoll und brächten der Tschechischen Republik keinen oder nur geringen ökonomischen Schaden.³

Ein Blick auf die Bedeutung des Russlandgeschäfts für die tschechische Volkswirtschaft relativiert die objektive Bedeutung möglicher Auswirkungen des EU-Embargos auf die Tschechische Republik. So liegt der Anteil Russlands als Zielland von Exporten aus der Tschechischen Republik bei lediglich 3,7 Prozent aller Ausfuhren (EU-Staaten: 80%). Tschechien liegt damit in einer Gruppe u.a. mit Polen (5,3%), der Slowakei (4,0%), Deutschland und Österreich (beide 3,3%) sowie Ungarn (3,1%). Da der Anteil des Exports am BIP in Tschechien knapp 80 Prozent beträgt, wären die volkswirtschaftlichen Auswirkungen eines möglichen Rückgangs der Exporte nach Russland allerdings stärker zu spüren als in Deutschland (Exportanteil ca. 50%), deutlich geringer jedoch als etwa in Lettland, wo der Anteil Russlands am Export bei 16% und der Anteil der Exporte am BIP bei über 80% liegen. Konkret heißt das, dass bei einem – äußerst unwahrscheinlichen – Ausfall eines Viertels der Exporte nach Russland – durch ein Export-Embargo der EU, ein von Russland verhängtes Importembargo oder einen allgemeinen Einbruch der russischen Volkswirtschaft die tschechische Volkswirtschaft Wachstumseinbußen von 0,6% des BIP zu verkraften hätte.

Angesichts dessen ist kaum zu übersehen, dass das Primat eines in allererster Linie ökonomisch verstandenen nationalen Interesses über ein weiterreichendes Interesse an einer kollektiven Sicherheits- oder Verteidigungspolitik tieferliegende Ordnungsvorstellungen widerspiegelt. Es geht um einen symbolischen Konflikt über die außenpolitische Handlungsfreiheit der EU-Staaten und um die Funktion der Russlandpolitik als Mittel zur Beeinflussung der inneren

1 <http://zpravy.idnes.cz/>.

2 <http://zpravy.idnes.cz/>.

3 <http://respekt.ihned.cz/>.

Ordnung der EU. Wie breit das Spektrum der Ordnungsvorstellungen in der Tschechischen Republik ist, zeigen exemplarisch die Positionen von Präsident Milos Zeman sowie des Vorsitzenden der KDU-CSL Pavel Belobradek. Dieser erklärte nach dem EU-Gipfel: „Wenn wir keinen Krieg führen wollen, und das wollen wir nicht, dann bleiben nur harte Sanktionen. Obwohl sie uns wirtschaftlich schaden. Dies ist allerdings der Preis für Werte und Prinzipien. Wir können der Ukraine nicht das antun, was uns in München angetan wurde.“

Zeman hingegen nahm als einziger Staatschef eines EU- und NATO-Staats Mitte September am sogenannten Rhodos-Forum teil, einer dem „Dialog der Zivilisationen“ gewidmeten, als Alternative zum Weltwirtschaftsforum in Davos konzipierten Tagung. Schirmherr der Veranstaltung ist Russlands Eisenbahnminister Vladimir Jakunin, ein enger Vertrauter von Vladimir Putin, der von den USA mit einer Kontensperre belegt ist. Auf Rhodos erklärte Zeman, im Osten der Ukraine finde keine Invasion Russlands, sondern ein „Bürgerkrieg“ statt, den er als „eine Art Grippe“ bezeichnete.

In einem Feld mit den idealtypischen Positionen: „Russland als Bedrohung“ – „Russland als geopolitische Herausforderung für die EU“ – „Russland als Handelspartner“ – „Russland als politischer Partner zur Lockerung oder Hemmung der supranationalen Integration“ – „Russland als Modell“ – „Russland als Zentralmacht eines alternativen Integrationsprojekts“ sind die tschechischen politischen Kräfte somit wie folgt zu verorten: Kräfte, die Russland als Zentralmacht eines alternativen Integrationsprojekts betrachten, gibt es angesichts der geographischen Entfernung und der anhaltenden Schwäche Russlands keine. Allenfalls einzelne Stimmen verklären die autoritäre Ordnung zu einem Modell. Recht schwach sind aber auch die Kräfte vertreten, deren Fokus auf einer multilateralen EU-Politik zum Schutz einer europäischen Staatenordnung liegt, die von Russland elementar verletzt wurde. Es handelt sich um die von Außenminister Zaoralek vertretene Minderheitsströmung in der CSSD, die KDU-CSL sowie die Mehrheitsströmung von TOP 09. Nur bei ihnen spielt die Ukraine als Subjekt der internationalen Beziehungen eine Rolle. Diese Gruppe ist etwas größer, nimmt man Kräfte hinzu, welche die sicherheitspolitische Herausforderung in einer potentiellen Bedrohung der Tschechischen Republik sehen und vor allem die NATO als entscheidenden Akteur betrachten (Teile von TOP 09 und ODS).

Die Mehrheitsströmung der tschechischen Politik, vertreten von einem breiten Spektrum von Kräften der linken und rechten Mitte (CSSD, ANO, Teile der ODS, unterstützt sowohl von Unternehmerverband als auch vom Gewerkschaftsbund CKMOS), sieht sich als Verteidiger eines ökonomisch definierten nationalen Interesses und Russland als bedeutenden Handelspartner. Ihr Vertrauen in multilaterale Politik ist gering, die Hoffnung auf innenpolitische Positionsgewinne spielt eine wichtige Rolle. Fließend ist der Übergang zu jenen Kräften, die für kleine Staaten wie die Tschechische Republik in einer multipolaren Ordnung einen größeren außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Handlungsspielraum sehen als in einer supranational integrierten EU.

Im ostmitteleuropäischen Vergleich findet sich die Tschechische Republik damit in einer Mittelposition zwischen Polen, wo die Positionen „Russland als Bedrohung“ und „Russland als geopolitische Herausforderung“ eindeutig dominieren, und Ungarn, wo das autoritäre und etatistische Staatsmodell sowie die anti-liberale Rhetorik von Ministerpräsident Viktor Orban Russland als Modell erscheinen lassen.

Weiterführende Literatur

Vit Benes: Evropsky rozmer ceske zahranicni politiky, in: Ceska zahranicni politika v roce 2013. Praha 2014, S. 53-80.

Petr Kratochvil: Wider Willen. Tschechien und die EU-Sanktionen gegen Russland, in: OSTEUROPA, 9-10/2014 (im Erscheinen).